für die Ortsgemeinde Attenhausen

AZ: GB 3

2 DS 17/ 0021

Sachbearbeiter: Herr Anderie

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Ortsgemeinderat Attenhausen	öffentlich	

Widmung der namenlosen Verbindungsstraße zwischen der Ortsdurchfahrt der L 323 (Ortsstraße) und der Straße "Am Dorfgemeinschaftshaus" für den öffentlichen Verkehr gemäß § 36 Landesstraßengesetz (LStrG)**Sachverhalt:**

Eingangs wird auf die Beachtung evtl. vorliegender Ausschließungsgründe nach § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) und die aus § 22 Abs.5 Satz 1 GemO resultierende Verpflichtung jedes Mandatsträgers hingewiesen, dem Vorsitzenden vor Beginn der Beratungen möglicherweise bestehende Ausschließungsgründe mitzuteilen.

Zwischen der Straße „Am Dorfgemeinschaftshaus“ und der Ortsdurchfahrt der L 323 (Ortsstraße) verläuft eine namenlose Verbindungsstraße. Sie dient neben der Erschließung der angrenzenden Wohnbebauung als Primärfunktion u.a. auch als Verbindung zur Zufahrt in Richtung zum im Außenbereich liegenden Friedwald. Sie weist eine Fahrbahnbreite von rd. 4 m und einen normalen Ausbauzustand auf. Sie liegt selbst nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, aber unmittelbar neben dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans „Am Dorfgemeinschaftshaus“ und damit auch innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile der Ortsgemeinde. Das beschriebene Straßenstück, welches vordergründig auch dem Durchgangsverkehr zwischen der L 323 (Ortsstraße) und der Straße „Am Dorfgemeinschaftshaus“ dient, ist im beigefügten katasteramtlichen Lageplan dargestellt.

Eine förmliche Widmung dieser Straßenverbindung für den öffentlichen Verkehr, die den Anforderungen des Straßenrechts genügt, ist nach der Aktenlage und den Erkenntnissen der Verwaltung für den Bereich dieser Straße bisher nicht nachweisbar. Dies wurde aufgrund einer Überprüfung festgestellt. Seit dem Inkrafttreten des Landesstraßengesetzes (LStrG) im April 1963 ist eine Widmung durch schlüssiges Verhalten nicht mehr möglich, sondern eine Widmung erfordert die Einhaltung bestimmter gesetzlicher Voraussetzungen. Diese sind in § 36 LStrG im Einzelnen geregelt. Die Tatsache, dass eine Straße schon seit Jahren tatsächlich durch den öffentlichen Verkehr nutzbar ist und genutzt wird, reicht für eine straßenrechtliche Widmung nicht aus. Diese tatsächliche öffentliche Nutzung führt lediglich dazu, dass es sich um eine öffentliche Straße im Sinne des Straßenverkehrsrechts (StVO) handelt, auf den die Vorschriften des Straßenverkehrsrechts Anwendung finden.

Durch die Widmung wird eine Straße zu einer „öffentlichen Straße“ im Rechtssinne; so wird hierdurch der sog. Gemeingebrauch an der Straße (jedermann darf die Straße im Rahmen der Widmung und der Verkehrsvorschriften benutzen) und die Baulastträgerschaft der Ortsgemeinde für diese Straße begründet. Ferner hat die straßenrechtliche Öffentlichkeit einer Straße u.a. auch Bedeutung für das Beitragsrecht, da nur öffentliche Straßen im Sinne des

Straßenrechts beitragsfähige Verkehrsanlagen sind und Bestandteil der Abrechnungseinheit für den späteren wiederkehrenden Ausbaubeitrag sein können.

Die Widmung zur öffentlichen Straße setzt neben einem Beschluss des Ortsgemeinderates den Erlass einer Widmungsverfügung (Allgemeinverfügung) voraus, die öffentlich bekanntzumachen ist. Erst hierdurch erlangt eine Widmung ihre rechtliche Wirksamkeit.

Die Verwaltung empfiehlt von daher, aus Gründen der Rechtssicherheit die Widmung der namenlosen Verbindungsstraße zwischen der Ortsdurchfahrt der L 323 (Ortsstraße) und der Straße „Am Dorfgemeinschaftshaus“ entsprechend den rechtlichen Anforderungen nachzuholen.

Der Inhalt der Widmung wurde intern mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die namenlose Verbindungsstraße zwischen der Ortsdurchfahrt der L 323 (Ortsstraße) und der Straße „Am Dorfgemeinschaftshaus“ (Parzellen Flur 1, Flurstücke 219/1 teilweise, 220/1, 225 teilweise –verlaufend von der Einmündung in die Ortsdurchfahrt der L 323 –Ortsstraße- bis zur Grenze der Grundstücke Flur 1, Flurstücke 319/1 und 330-) in Attenhausen wird gemäß § 36 Landesstraßengesetz (LStrG) als Gemeindestraße (§ 3 Nr. 3 a LStrG) für den uneingeschränkten öffentlichen Verkehr gewidmet.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister